LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/14391**

07.03.2017

Antrag

der Fraktion der FDP

„Fit für mehr“ – Mangelhafte Bildungsmaßnahme verschärft Probleme an Berufskollegs

I. Ausgangslage

In Nordrhein-Westfalen sind in den letzten Jahren tausende junger Menschen bis zum Alter von 25 Jahren als Flüchtlinge eingetroffen, bei denen keine Schulpflicht mehr besteht. Gerade für sie wäre es für deren langfristige berufliche und private Lebensperspektiven von zentraler Bedeutung, Integration durch Bildung sicherzustellen. Ein schnelles Eintauchen in den Arbeitsmarkt anhand gering bezahlter Hilfstätigkeiten ist aus unterschiedlichen Gründen von vielen der Betroffenen selber gewünscht. Langfristig wird ein solches Vorgehen jedoch geminderte Chancen auf eine wirkliche sozioökonomische Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft zur Folge haben. Notwendig wäre daher eine stärkere Verbindlichkeit des Schulbesuchs und der Vermittlung von Bildung auch über die jetzigen bestehenden Regelungen hinaus. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung – und damit letztlich insbesondere die Grünen – blockieren auch nach Einschätzung von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden die dringend benötigte stärkere Verbindlichkeit des Schulbesuchs für diese jungen Menschen und produzieren damit bei ungelernten oder geringqualifizierten Zuwanderern absehbar oftmals Integrationsprobleme von morgen.

Als offensichtliche Folge des hohen Drucks hat die verantwortliche Schulministerin am 29.11.2016 das Programm „Fit für mehr“ angekündigt. Auch wenn man unterstellt, dass das Programm gut gemeint und nicht nur als politische Entlastungsmaßnahme konzipiert wurde, ist es in der Stoßrichtung unzureichend und für die betroffene Schulform der Berufskollegs hochproblematisch. Das Programm entspricht in der Grundkonzeption nicht der dringend benötigten stärkeren Verbindlichkeit für diese jungen Zuwanderer und wird damit nur sehr bedingt den oben genannten absehbaren zukünftigen Integrationsproblemen entgegenwirken können. Ebenso kann eine solche Aufgabe nicht alleine von den Berufskollegs, sondern muss im Zusammenspiel unterschiedlicher Bildungsinstitutionen wie z.B. freien Bildungsträgern oder kommunalen Institutionen getragen werden. Hier sind ein Mehr an Verbindlichkeit und die Zusammenarbeit unterschiedlicher Institutionen letztlich eine Frage der Vernunft und nachhaltiger Integration, die von Rot-Grün aber leider blockiert wird.

Datum des Originals: 07.03.2017/Ausgegeben: 07.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Für die Berufskollegs ist die nun gewählte Ausgestaltung des Programms „Fit für mehr“ mit deutlichen Schwierigkeiten behaftet, die insbesondere im Zusammenhang mit bestehenden fragwürdigen rot-grünen Planungen diese für unser Bildungssystem so wichtigen Schulen vor fast unlösbare Aufgaben stellen. Anders als von der Schulministerin und den regierungstragenden Fraktionen öffentlich suggeriert, trifft dieses Programm daher mitnichten auf eine angeblich einhellige positive Resonanz bei betroffenen Verbänden und Schulen.

Schon durch die in Verbindung mit der Flüchtlingssituation zuvor für Internationale Förderklassen, nun aber teilweise auch für „Fit für mehr“ bereitgestellten Lehrkräfte entsteht für Berufskollegs, wie auch für andere Schulen, eine schwierige Situation. So notwendig und selbstverständlich begrüßenswert diese unbefristeten Einstellungen sind, so problematisch stellt sich dies in Verbindung mit den rot-grünen Planungen dar, nach der Landtagswahl tausende von Lehrerstellen abzubauen. Da in hohem Maße „allgemeinbildende“ Lehrkräfte unbefristet eingestellt und in den Stellenbedarf einberechnet werden, würden etwa technisch-gewerblich oder kaufmännisch ausgerichtete Berufskollegs durch den dann erfolgenden, allgemeinen Stellenabbau durch die Realisierung von kw-Vermerken zum 01.08.2018 und 01.08.2019 absehbar keine Einstellungsmöglichkeiten erhalten, obwohl Fachlehrerinnen und -lehrer altersbedingt ausscheiden. Schleichend droht durch den Fachkräftemangel so der Schwerpunktauftrag beruflicher Bildung an Berufskollegs ausgehöhlt zu werden.

Die Ministerin hat im Ausschuss erklärt, dass der zusätzlich entstehende Grundbedarf im Rahmen der insgesamt mit den Haushalten 2016 und 2017 bereitgestellten Grundstellen gedeckt werden könne. Zwar sind hierbei die 300 Stellen für multiprofessionelle Teams nicht als unbefristete Einstellungen geplant, was den wachsenden fachspezifischen Mangel nicht verschärft. Einerseits aber dürften die bereitgestellten Stellen für die angedachte Aufgabe nicht ausreichen. Da andererseits gleichzeitig unter diesen Bedingungen und aufgrund des bestehenden generellen Fachkräftemangels schwerlich Kräfte zu erhalten sind, müssen viele Berufskollegs, wenn sie das Programm anbieten, zur Abdeckung der Stunden anderweitig z.B. beruflich orientierten Unterricht und damit Bildung zulasten anderer junger Menschen kürzen. Diese Problematik verschärft so letztlich noch eine bereits bestehende Problematik, weil das Berufskolleg als Schulform von der sogenannten Kienbaumlücke am stärksten betroffen ist. Die Berufskollegs leiden bereits unter einer strukturellen Unterversorgung von über 1.400 Lehrerstellen. Rot-Grün hat dennoch mit willkürlichen Begründungen zwischen 2012 und 2015 weitere 500 Lehrerstellen gestrichen.

Als dritte schwierige Komponente kommt die Ausgestaltung von „Fit für mehr“ hinzu, der letztlich kein beruflicher Bildungsauftrag zugrunde liegt. Der deutliche Schwerpunkt liegt im berufsübergreifenden Lernbereich Deutsch/Kommunikation sowie im Differenzierungsbereich mit Feldern wie z.B. Landeskunde und Interkulturalität. So richtig und wichtig diese Schwerpunkte einerseits sind, so wenig sind aber andererseits die Lehrkräfte der Berufskollegs, die offenkundig letztlich aus anderen Bildungsgängen abgezogen werden müssen, für diesen neuen Bildungsauftrag ausgebildet. Dies entspricht nicht der Kernkompetenz der Vermittlung berufsbezogener Kenntnisse.

Um in der gegenwärtig besonderen Situation auf die Herausforderungen bestmöglich zu reagieren, bedarf es sowohl der Kreativität als auch der Flexibilität. Eine sinnvollere und gestufte Maßnahme würde es daher darstellen, zunächst z.B. unter Einbindung freier Bildungsträger extern, ggf. unter Nutzung der Infrastruktur der Berufskollegs, bei diesen nicht mehr schulpflichtigen, jungen Menschen Integrationskurse sowie eine Alphabetisierung/den Spracherwerb bis zum Deutsch-Niveau B1 durchzuführen. In der Folge könnten die Berufskollegs ihre Kompetenzen der berufsbezogenen Bildung „ausspielen“. Für eine solche Zusammenarbeit unterschiedlicher Träger hat es in der Vergangenheit bereits positive Beispiele gegeben, an die angeknüpft werden könnte. Ein solches Vorgehen würde den Bedürfnissen der jungen

Menschen und den Interessen und den Kompetenzen der beteiligten Institutionen deutlich besser entsprechen, statt diese Aufgabe vielen Berufskollegs vermutlich per Anweisung durch die Schulaufsicht aufzuzwingen. Letztlich aber kann eine solche bessere Ausgestaltung des bestehenden Programms nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine stärkere Verbindlichkeit des Schulbesuchs und die Bereitstellung entsprechender additiver Personalressourcen für die zukünftige positive Integration dieser jungen Menschen in unsere Gesellschaft der unabdingbar zu beschreitende Weg wäre. Es ist sicherzustellen, dass die Bildungsgänge der Berufskollegs, die einen alternativen Bildungsweg für die Beruflichkeit für Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II darstellen, in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

1. Die entscheidende Stellschraube für eine langfristig bestmögliche Integration junger Flüchtlinge stellt Bildung dar.

2. Die Gesellschaft muss alle Anstrengungen unternehmen, um auch junge, nicht mehr schulpflichtige Flüchtlinge so zu qualifizieren, dass ihnen langfristig eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Lebensgestaltung ermöglicht wird und damit auch spätere gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Integrationsprobleme vermieden werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. eine stärkere Verbindlichkeit des Schulbesuchs nicht mehr schulpflichtiger Flüchtlinge bis 25 Jahre nicht weiter zu blockieren;

2. hierfür entsprechende Ressourcen bereitzustellen, die einerseits benötigte attraktive Einstellungsmöglichkeiten eröffnen, andererseits aber Planungssicherheit und die langfristige Sicherung des primären Bildungsauftrags der beteiligten Bildungsinstitutionen gewährleisten;

3. solange eine tatsächliche stärkere Verbindlichkeit nicht gegeben ist, das Programm „Fit für mehr“ so zu konzipieren, dass es Berufskollegs in ihrem schulgesetzlichen Bildungsauftrag nicht nachhaltig beschädigt;

4. das Programm so auszugestalten, dass Integrationskurse und die Alphabetisierung/der Spracherwerb prioritär durch externe Kräfte – also z.B. freie Bildungsträger – erfolgen, so dass in der Folge junge Menschen dann angemessen von der Vermittlung berufsbezogener Kompetenzen an den beruflichen Schulen profitieren können.

Christian Lindner
Christof Rasche
Ingola Schmitz
Yvonne Gebauer

und Fraktion